

ORIGINAL SOZIAL

Gemeindewahlprogramm Am Mellensee

DIE LINKE.
in der Gemeinde Am Mellensee

Programm der Partei zu den Kommunalwahlen am 28. September 2008

- » **DIE LINKE** unterstützt das Einrichten von Kooperationen zwischen Kommune und Gewerbetreibenden, um die Arbeitslosigkeit abzubauen und unsere Region interessant und wettbewerbsfähig zu machen.
- » Unterstützung von Gewerbe durch **bessere Rahmenbedingungen**, die Tarifbindung und den Mindestlohn als Vergabekriterium öffentlicher Aufträge, zügige Bearbeitung und Beantwortung von Anträgen.
- » Von uns LINKEN gibt es **keine Stimme** für die Privatisierung unserer natürlichen Umwelt, insbesondere aller Ressourcen, die das Weiterkommen wirtschaftlich und touristisch einschränken.
Dazu unterstützen wir alle parlamentarischen und außerparlamentarischen Initiativen.
- » Eine Säule unserer Gemeindeentwicklung ist der **Tourismus**. Wir fördern die Zusammenarbeit aller Beteiligten, ihre Vernetzung und die Einbindung in die touristischen Angebote der Nachbargemeinden, den Erhalt und die Bewirtschaftung unserer drei Strandbäder.
- » Wir setzen uns ein für gerechte **Anschluss- und Verbrauchergebühren** von Trinkwasser und Schmutzwasser.
- » Der Entwicklung und Bildung unserer Kinder gilt unser besonderes Augenmerk. Deshalb setzen wir uns ein für die **Erhaltung der beiden Grundschulen** in unserer Gemeinde, für gute Bedingungen – personelle und materielle – in den Kinder- und Jugendeinrichtungen, Überprüfung und Einhaltung der vorgegebenen staatlichen Standards, Hinwirken auf ärztliche Untersuchungen, Sicherung des Rechtsanspruches auf einen Kita-Platz.
- » Beibehaltung der freiwilligen Aufgaben der Gemeinde für ein reges geistig-kulturelles Leben, z.B. durch die Erhaltung der Bibliothek, die Unterstützung der Vereine mit ihren vielfältigen Initiativen (Fischer-Fest, Ausstellungen, Weihnachtsmärkte, Seniorenveranstaltungen und -betreuung, sportliches Leben)
- » Wir nehmen in und mit unserer Gemeindevertretung Einfluss auf zentrale Entscheidungen, z.B. Korrektur der widerrechtlichen Aneignung von Bodenreformland, gegen Privatisierung im Bereich des öffentlichen Lebens und der Daseinsfürsorge, Hilfe für Hartz-IV-Empfänger und Arbeitslose, Erhalt und Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs.